

An die

- Arbeitgebervertreter in den Verwaltungsausschüssen der Agenturen für Arbeit in Berlin und Brandenburg
- Geschäftsführungen der Mitgliedsverbände der UVB
- Damen und Herren des Präsidiums der UVB zur Unterrichtung

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de
Bearbeiter:
Herr Rath
rath@uvb-online.de
Datum:
04.04.2017

Beschäftigung und Arbeitsmarkt in Berlin-Brandenburg im März 2017

- Die aktuellen Themen: IAB-Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2015 / IAB-Digitalisierung – Automatisierungspotentiale von Berufen in Berlin und Brandenburg

Kernaussagen für die Region Berlin-Brandenburg

Der Frühlingsaufschwung auf dem Arbeitsmarkt hat begonnen.

In Berlin sinkt die Zahl der Arbeitslosen auf 175.000, in Brandenburg sinkt sie auf 100.000. Mit 275.000 Arbeitslosen hat die Region 31.000 weniger Arbeitslose als vor einem Jahr.

Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen um 5.000 gesunken.

Die Arbeitslosenquote in der Region ist 8,6% (Berlin 9,4%, Brandenburg 7,6%).

Das Land Berlin liegt bei der Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit Februar 2012 an der Spitze aller Bundesländer. Im Vorjahresvergleich nahm sie um +4,4% (+58.900) zu. Brandenburg liegt bei der Zunahme an erster Stelle aller ostdeutschen Länder (+2,4%, +18.800).

Von den 275.000 Arbeitslosen in der Region sind

- 28,0% (77.000) dem SGB III und 72,0% (198.000) dem SGB II zugeordnet,
- 33,3% Langzeitarbeitslose (92.000),
- 44,4% Helfer, also ohne berufliche Qualifikation (122.000),
- 7,6% jünger als 25 Jahre (21.000).

Ende des Monats sind 46.000 Arbeitsstellen unbesetzt, davon sind nur 20,8% (9.500 Stellen) für Helfer ohne berufliche Qualifikation geeignet.

Im Vergleich der Bundesländer liegt in der Statistik der Bundesagentur Berlin

- mit einer Arbeitslosenquote von 9,4% hinter Sachsen-Anhalt mit 9,1%, aber vor Mecklenburg-Vorpommern mit 9,6% und Bremen mit 10,4%
- und hat mit einer vorläufigen Unterbeschäftigungsquote von 13,1% hinter Sachsen-Anhalt mit 12,6% und hinter Mecklenburg-Vorpommern mit 12,8%, aber vor Bremen mit 14,4% seit 21 Monaten in Folge nicht mehr die „Rote Arbeitsmarktlaterne“.

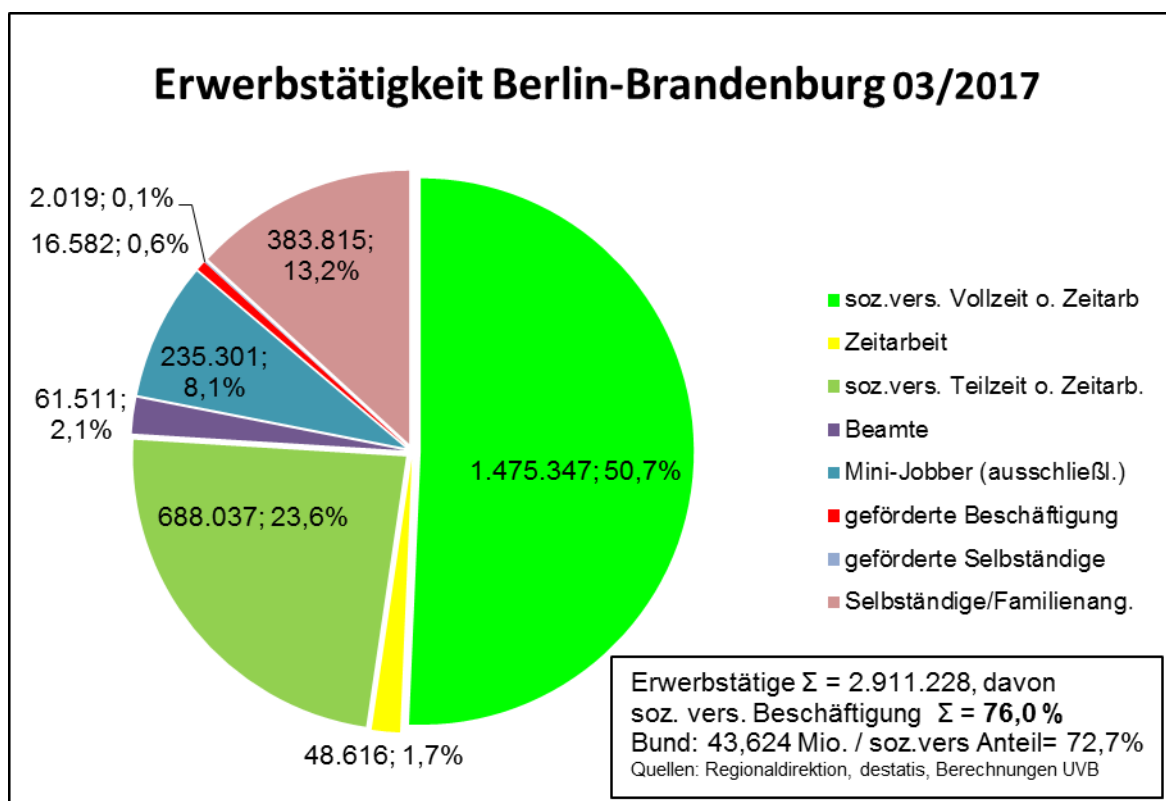
1. Die Beschäftigungssituation

Bei der Beschäftigung wird in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit unterschieden zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den abhängig zivilen Erwerbstätigen (zusätzlich die Beamte und die ausschließlich geringfügig Beschäftigten) und allen zivilen Erwerbstätigen (zusätzlich die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen, jeweils ohne Soldaten - deshalb „zivil“).

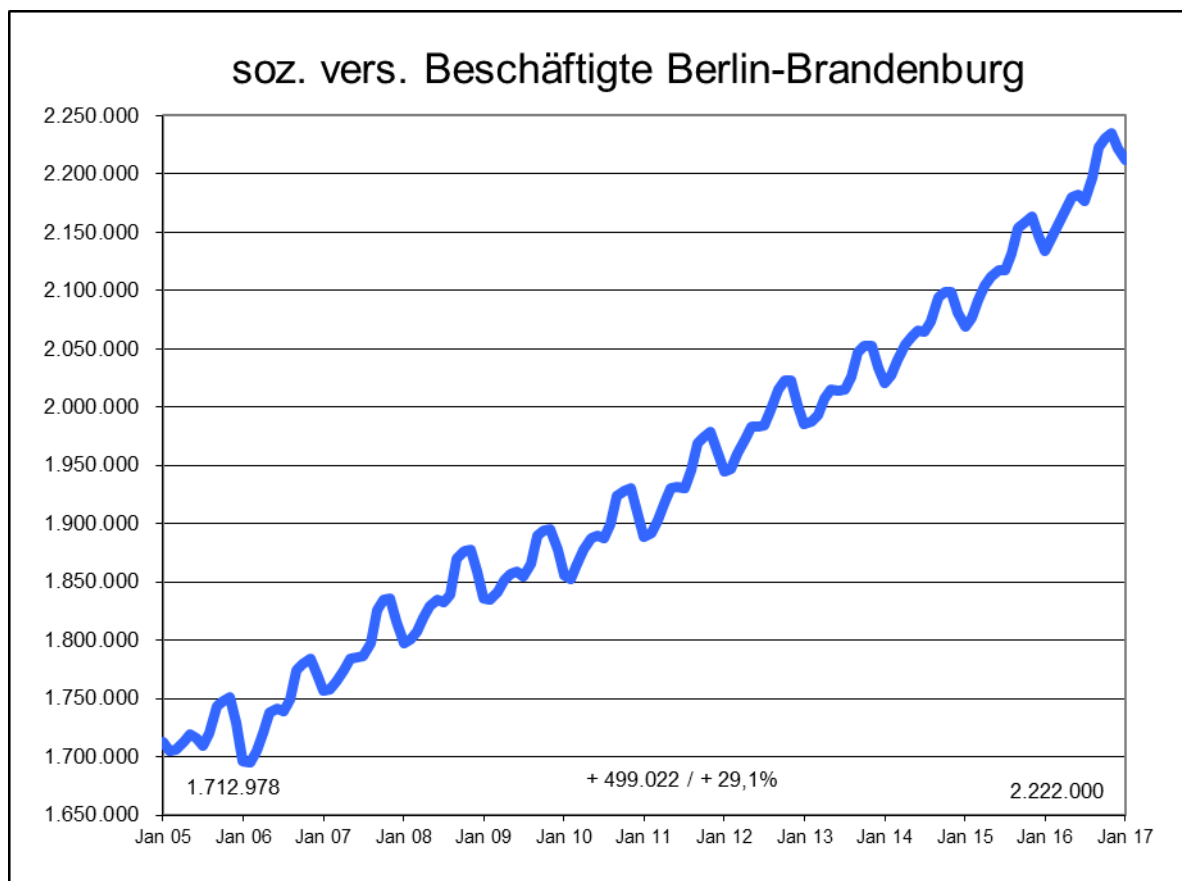
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug im Januar 2017 (letzverfügbare Zahl) in der Region 2.212.000.

Hinzu kommen ca. 62.000 Beamte und ca. 235.000 ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie (die folgenden Zahlen für März 2017) 2.019 geförderte Selbständige, 16.582 Personen in öffentlich geförderter Beschäftigung und weitere 384.000 Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Damit sind 2,911 Mio. Personen in Berlin-Brandenburg erwerbstätig.

Die Darstellung der Struktur der Erwerbstätigkeit nach Beschäftigungsformen zeigt, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nach wie vor die Erwerbstätigkeit dominieren. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen liegt in der Region mit 76,0% leicht über dem Bundesdurchschnitt von 72,7%.



Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Berlin-Brandenburg ist seit Jahresanfang 2005 positiv verlaufen. Mit + 29,1% liegt der Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der Region deutlich über dem von Deutschland insgesamt mit + 21,6%.



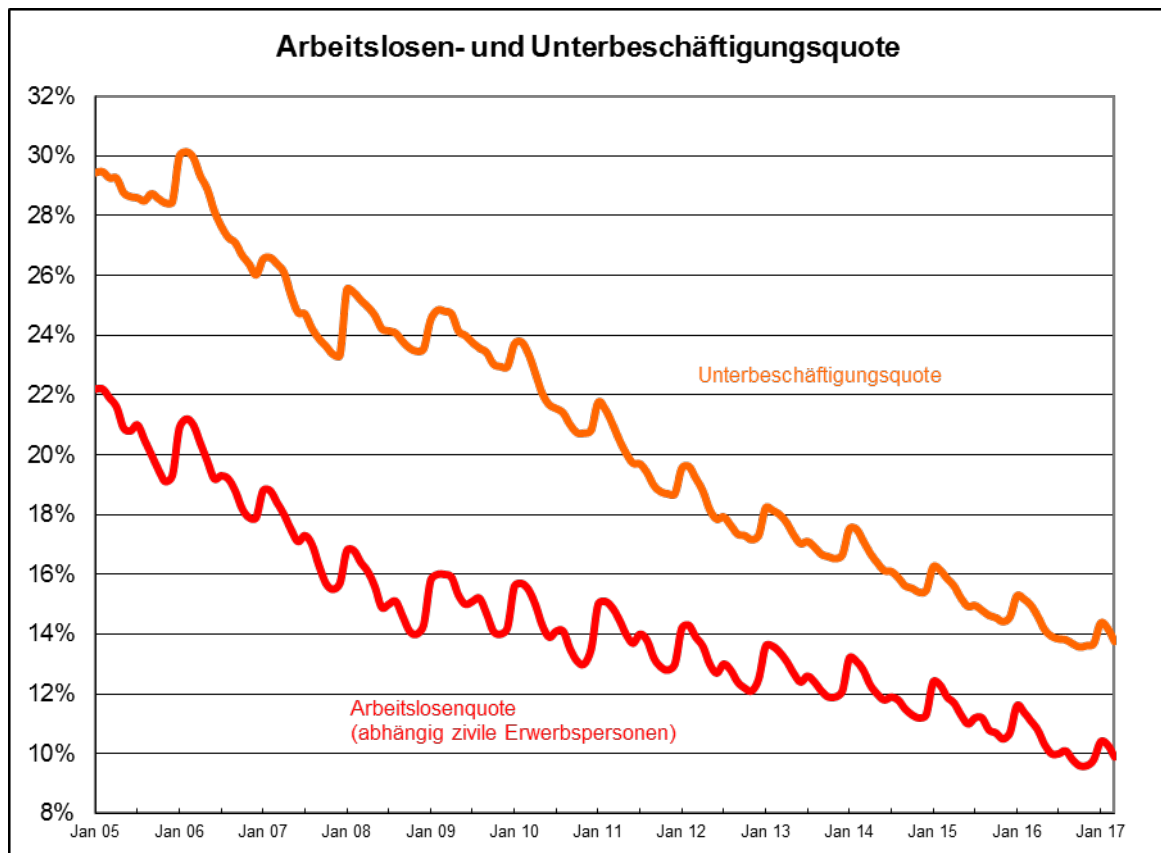
Bei den absoluten Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zu beachten, dass hier auch geförderte reguläre Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse und Kurzarbeiter mitgerechnet werden, also Arbeitsverhältnisse, die mit Mitteln der Beitragszahler (SGB III) oder der Steuerzahler (SGB II) voll oder teilweise finanziert werden. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Minijobber), Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (1-€-jobber), Selbständige, Beamte und Soldaten werden hier dagegen nicht mitgezählt, für sie fließen keine Beiträge in das Sozialversicherungssystem.

2. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

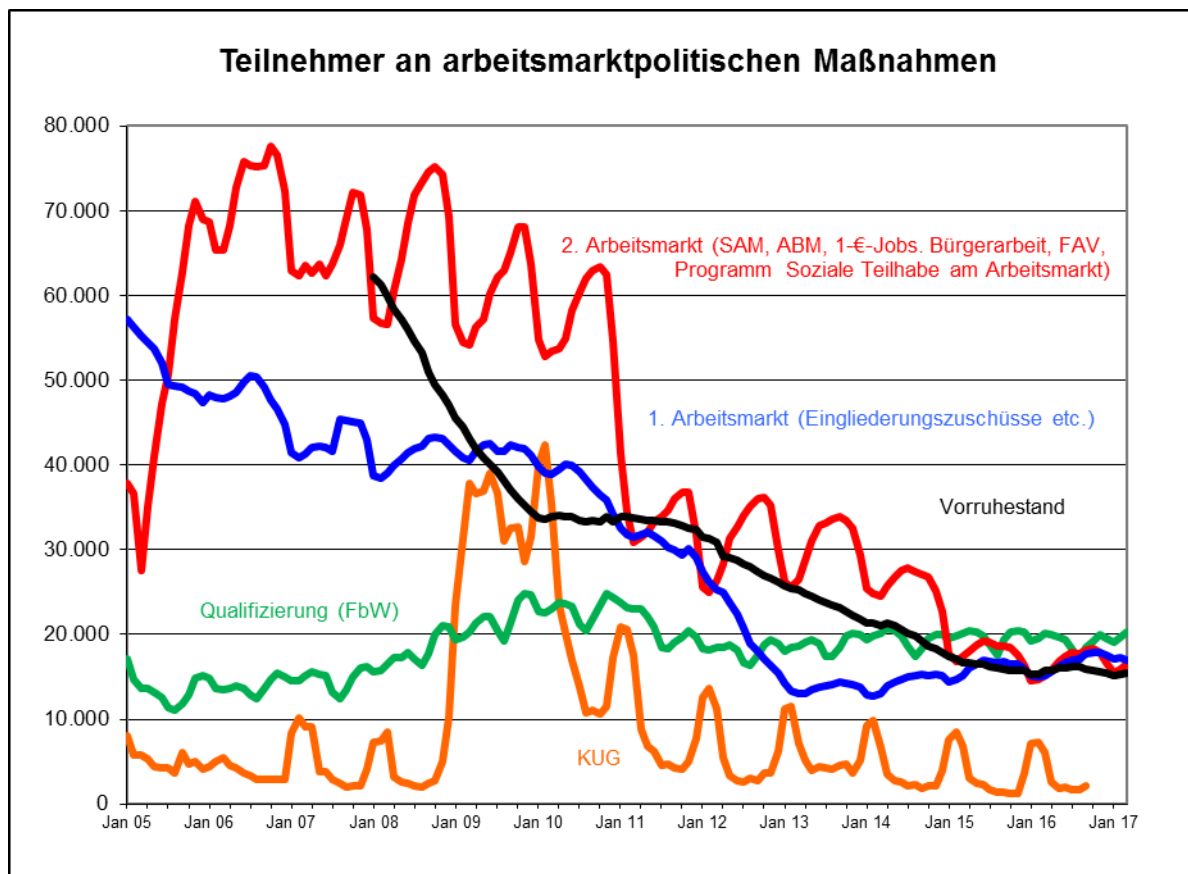
Die Beitragszahler entlasten den Arbeitsmarkt im SGB III – Bereich mit den verschiedenen Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Im SGB II – Bereich finanzieren die Steuerzahler den Einsatz der Instrumente. Die Gesamtsumme der Arbeitslosen und der Personen, die sich in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bzw. in geförderten Beschäftigungsverhältnissen befinden, ergibt das Defizit an wertschöpfenden, nicht subventionierten Arbeitsplätzen in der Region Berlin-Brandenburg, kurz „Unterbeschäftigung“ genannt. Im März 2017 werden insgesamt 107.994 Personen (inkl. Kurzarbeiter) nach dem SGB III und dem SGB II gefördert. Dadurch wird die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbstätigen von 13,8% (Unterbeschäftigungsquote) um 3,9 Prozentpunkte auf 9,9% (Arbeitslosenquote, bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen) entlastet.

	Berlin	Brandenburg	Region
Unterbeschäftigungsquote	15,0 %	12,1 %	13,8 %
Entlastung um Prozentpunkte	4,0%-Punkte	3,7%-Punkte	3,9%-Punkte
Arbeitslosenquote	11,0 %	8,4 %	9,9 %
unterbeschäftigte Personen	238.690	144.222	382.912
davon arbeitslose Personen	174.629	100.289	274.918

Die Arbeitslosenquote und die Unterbeschäftigungsquote in der Region Berlin-Brandenburg haben sich seit 2005 folgendermaßen entwickelt.



Das Schaubild zeigt die Entwicklung des Einsatzes der wichtigsten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Bestand an Teilnehmern):



3. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt im März 2017

Im Bezirk der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg ist die Zahl der Arbeitslosen im März gegenüber Februar um 11.271 Personen gesunken (1.153 weniger Personen als im Vormonat wurden gefördert). Insgesamt sind 30.955 weniger Menschen arbeitslos als vor einem Jahr. Im Februar waren 27.646 weniger Menschen arbeitslos als ein Jahr zuvor.

Mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wurden 107.994 Personen gefördert. Die Zahl der Arbeitslosen sank im März auf 274.918. Die Arbeitslosenquote sank um 0,4%-Punkte auf 9,9%. Sie liegt um 1,2%-Punkte unter dem Wert Vorjahresmonats (Februarvergleich: - 1,2%-Punkte).

	Berlin		Brandenburg		Region	
	März	Veränderung ggü. Vorjahr	März	Veränderung ggü. Vorjahr	März	Veränderung ggü. Vorjahr
Arbeitslose	174.629	- 8,3%	100.289	- 13,1%	274.918	- 10,1%
davon SGB III	45.159	+ 21,3%	31.720	+ 0,4%	76.879	+ 11,7%
davon SGB II	129.470	- 15,5%	68.569	- 18,2%	198.039	- 16,5%
Ausländer	51.807	+ 1,1%	8.687	+ 14,4%	60.494	+ 2,8%
Arbeitslosenquote ^{1*}	9,4	- 1,0	7,6	- 1,1	8,6	- 1,1
Arbeitslosenquote ^{2*}	11,0	- 1,3	8,4	- 1,3	9,9	- 1,2
Darunter: Männer	10,2	- 1,2	8,3	- 1,1	9,4	- 1,1
Frauen	8,4	- 1,0	6,8	- 1,1	7,7	- 1,1
unter 25 Jahren	9,9	+ 0,1	8,1	+ 0,1	9,3	+ 0,0
Ausländer	19,8	- 2,1	24,9	- 0,6	20,4	- 1,9
unbesetzte Arbeitsstellen ³	25.919	- 0,8%	19.985	+ 5,2%	45.904	+ 1,7%
Ausbildungsstellenbewerber	13.659	- 5,2%	9.958	- 0,1%	23.617	- 3,1%
betriebl. Ausbildungsstellen	11.417	+ 4,1%	11.386	+ 4,5%	22.803	+ 4,3%
Maßnahmen Σ.: Arbeitsgelegenheiten	64.061	- 0,4%	43.933	+ 7,7%	107.994	+ 2,7%
FAV ⁴	6.917	+ 2,0%	5.196	+ 11,8%	12.113	+ 6,0%
soziale Teilhabe	2.781	+ 11,3%	189	- 53,4%	2.970	+ 2,2%
Weiterbildung (FbW) ⁵	855	+ 100,7%	644	+ 84,0%	1.499	+ 93,2%
außerbetriebl. Ausbildung	14.446	- 1,5%	5.780	+ 6,5%	20.226	+ 0,7%
Assistierte Ausbildung	476	- 28,0%	453	- 16,3%	929	- 22,7%
reguläre Beschäftigung ⁶	286	- 12,8%	469	+ 51,8%	755	+ 18,5%
dv. Eingliederungszuschuss	10.970	+ 10,6%	6.056	+ 14,5%	17.026	+ 12,0%
davon Gründungszuschuss	3.399	- 8,3%	4.050	+ 2,8%	7.449	- 2,6%
§ 53a,2, SGB II (> 58 Jahre)	1.520	+ 4,5%	499	+ 3,7%	2.019	+ 4,3%
§ 53a,2, SGB II (> 58 Jahre)	7.875	- 5,0%	7.528	+ 1,9%	15.403	- 1,8%
Kurzarbeiter (Sept. 2016)	7.875	- 5,0%	7.528	+ 1,9%	15.403	- 1,8%
Kurzarbeiter (Sept. 2016)	521	- 4,4%	1.592	+ 92,5%	2.133	+ 54,0%

Quelle: Regionaldirektion Berlin-Brandenburg; ¹ auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen; ² auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen; ³ Veränderung in Prozentpunkten; ⁴ ungefördernde Stellen, ohne Arbeitsgelegenheiten, soz. Teilhabe ⁵ FAV: Förderung von Arbeitsverhältnissen, ⁶ ohne Reha ⁷ Eingliederungszuschuss, Gründungszuschuss, Einstiegsgeld etc.

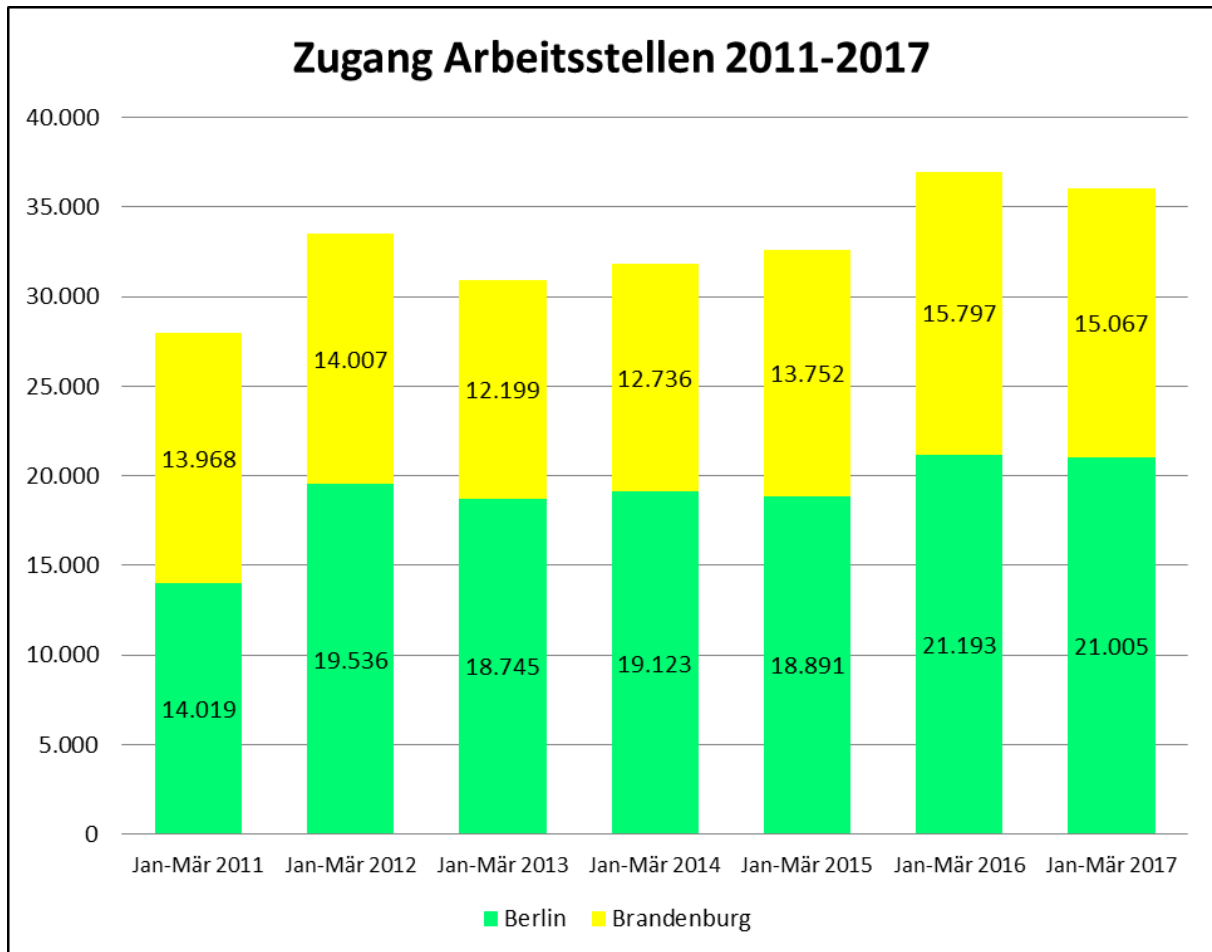
Die Zahl der Arbeitslosen wird getrennt nach der Zahl der Arbeitslosen nach dem SGB III (76.879 oder 28,0% der Arbeitslosen) und dem SGB II (198.039 oder 72,0% der Arbeitslosen) ausgewiesen. Für die ausgewiesenen Arbeitslosen nach dem SGB II gelten die Kriterien des § 16, SGB III (Personen, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine Beschäftigung suchen, sich arbeitslos gemeldet haben und für Arbeit zur Verfügung stehen).

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen beträgt in der Region 33,3% (91.511), in Berlin 29,1% (50.739), in Brandenburg 40,7% (40.772).

Der Anteil der Arbeitslosen ohne berufliche Qualifikation (Qualifikationsniveau „Helfer“) an allen Arbeitslosen beträgt in der Region 44,4%. Das sind 122.118 Arbeitslose ohne berufliche Qualifikation. In Berlin beträgt der Anteil 45,5% (79.387 Arbeitslose), in Brandenburg 42,6% (42.731 Arbeitslose).

4. Zugang an Arbeitsstellen

Bei den Agenturen für Arbeit gingen seit Jahresbeginn 36.072 Arbeitsstellenangebote (ungeförderte Stellen) ein (918 weniger als im Vorjahreszeitraum), in Berlin 21.005 (188 weniger), in Brandenburg 15.067 (730 weniger).



Ende des Monats sind 45.904 offene, ungeförderte Arbeitsstellen registriert (Berlin: 25.919, Brandenburg: 19.985).

Zu beachten ist, dass nicht alle offenen Stellen den Arbeitsagenturen gemeldet werden. Der Anteil der offenen Stellen, die den Arbeitsagenturen zur Besetzung gemeldet werden, der sogenannte „Einschaltungsgrad“ der Arbeitsagenturen bei der Stellenbesetzung, sinkt, je höher die Qualifikation ist, die von Betrieben gesucht wird.

Von dem Bestand der offenen Arbeitsstellen haben nur 9.537 Stellen oder 20,8% aller Stellen das Anforderungsniveau „Helfer“, sind also auch für Arbeitslose ohne berufliche Qualifikation geeignet (Berlin 6.239 oder 24,1% aller Stellen, Brandenburg 3.298 oder 16,5% aller Stellen).

5. Arbeitslosigkeit in Berlin

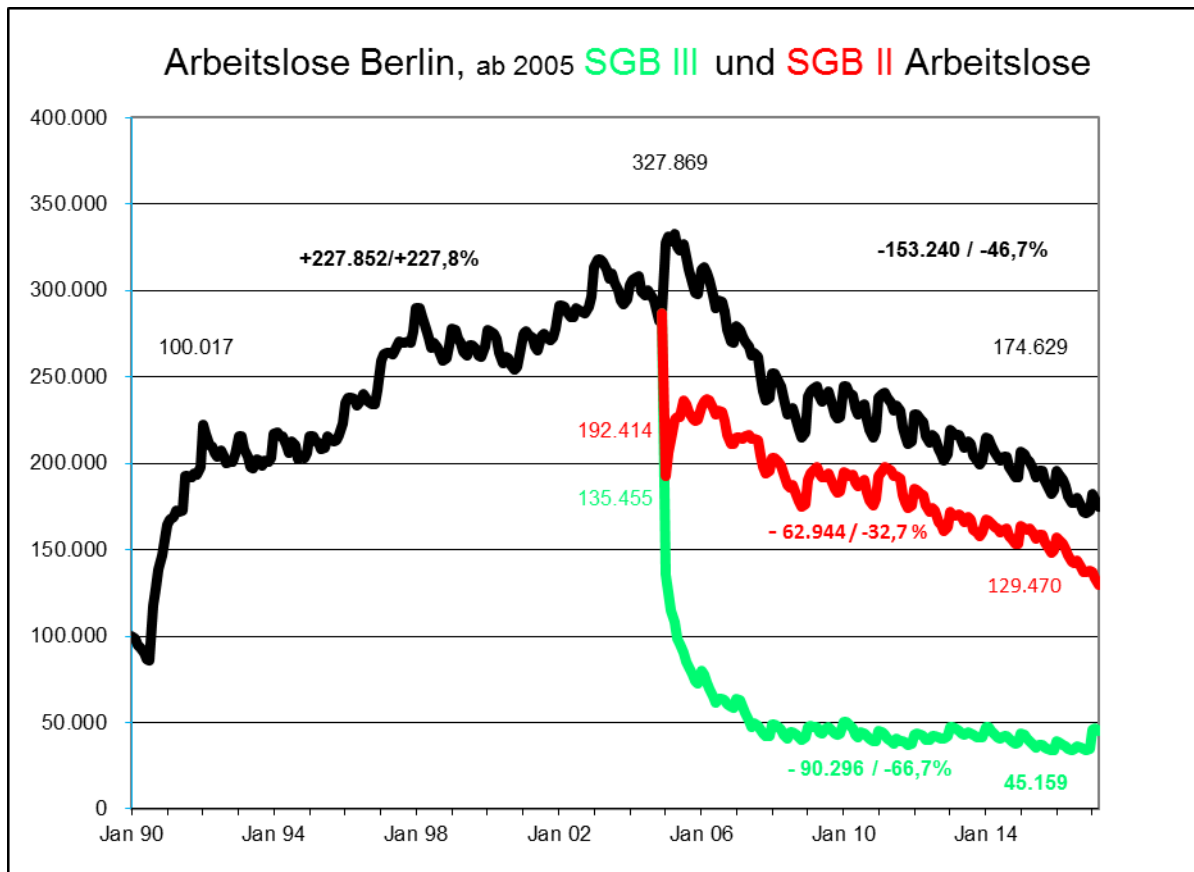
In **Berlin** sank die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat um 4.974 auf 174.629 Personen (268 weniger Personen als im Vormonat wurden gefördert). Dies waren 15.838 weniger (Februarvergleich: 14.098 weniger) Arbeitslose als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank um 0,3%-Punkte auf 11,0%. Sie liegt um 1,3%-Punkte unter dem Wert des Vorjahresmonats (Februarvergleich: -1,2%-Punkte).

Mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wurden 64.061 Personen gefördert.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren sank gegenüber dem Vormonat um 422 auf 14.403. Sie liegt um 460 Personen unter dem Vorjahreswert.

Bei den Arbeitsagenturen gingen im Berichtsmonat 8.195 neue Arbeitsstellenangebote (ungeförderte Stellen) ein, 1.570 mehr als im Vorjahresmonat.

Die Langfristbetrachtung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit im SGB II nur sehr langsam erfolgt und sich im SGB III seit fünf Jahren kaum noch verändert.



6. Arbeitslosigkeit in Brandenburg

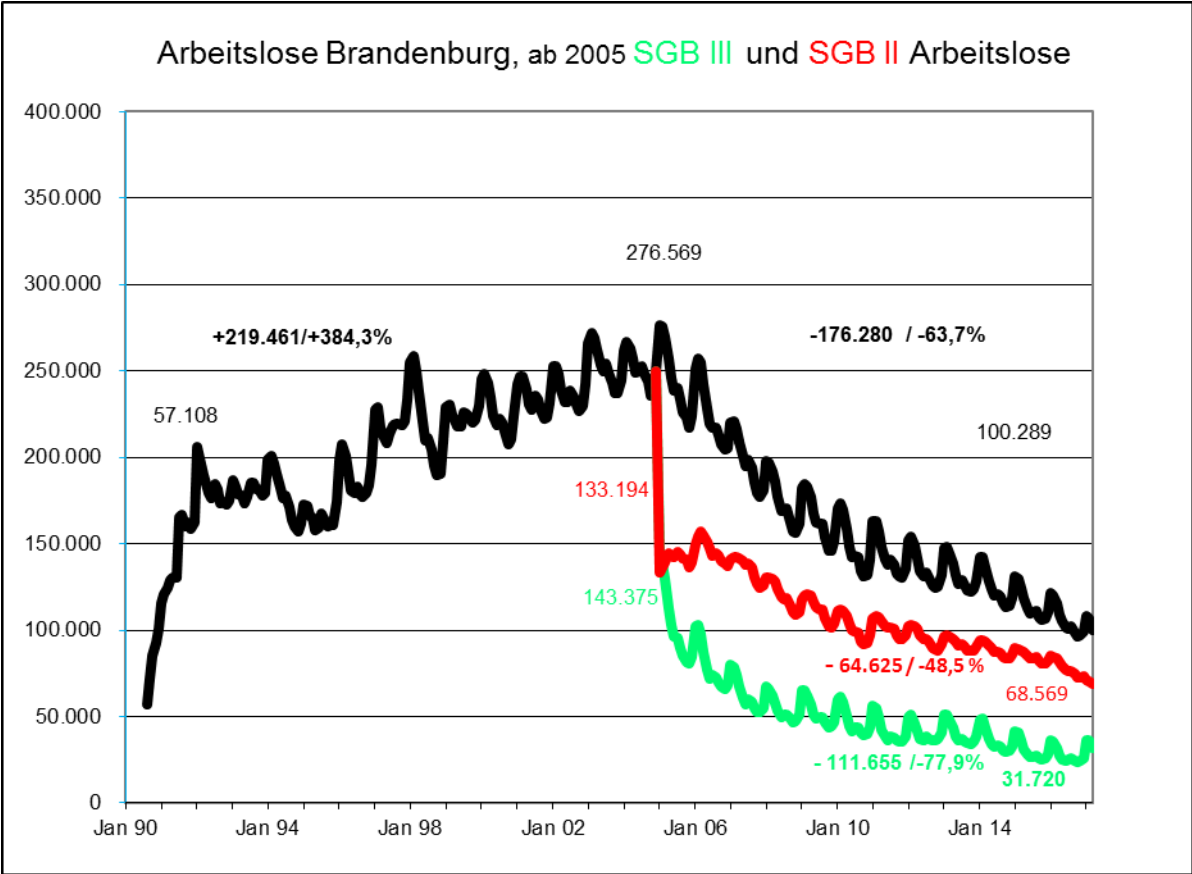
In **Brandenburg** sank die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat um 6.297 auf 100.289 Personen (885 weniger Personen als im Vormonat wurden gefördert). Dies waren 15.117 weniger Arbeitslose (Februarvergleich: 13.548 weniger) als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank um 0,6%-Punkte auf 8,4%. Sie liegt um 1,3%-Punkte unter dem Wert des Vorjahresmonats (Februarvergleich: -1,1%-Punkte).

Mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wurden 43.933 Personen gefördert.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren sank gegenüber dem Vormonat um 320 auf 6.495. Sie liegt um 520 Personen unter dem Vorjahreswert.

Bei den Arbeitsagenturen gingen im Berichtsmonat 5.605 neue Arbeitsstellenangebote (ungeförderte Stellen) ein, 72 weniger als im Vorjahresmonat.

Die Langfristbetrachtung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt, zumindest im Vergleich zu Berlin, einen eher gleichlaufenden und nicht stagnierenden Abbau der Arbeitslosigkeit gleichermaßen im SGB III und im SGB II - Bereich.



Das aktuelle Thema: Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2015

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurde 1967 als Forschungseinrichtung der damaligen Bundesanstalt für Arbeit gegründet und ist seit 2004 eine besondere Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit. Das IAB erforscht den Arbeitsmarkt auf Grundlage gesetzlicher Aufträge. In den §§ 280-282 SGB III sind die Aufgaben der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung beschrieben: „Die Bundesagentur hat Lage und Entwicklung der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes im allgemeinen und nach Berufen, Wirtschaftszweigen und Regionen sowie die Wirkungen der aktiven Arbeitsförderung zu beobachten, zu untersuchen und auszuwerten, indem sie erstens Statistiken erstellt, zweitens Arbeitsmarkt- und Berufsforschung betreibt und drittens Bericht erstattet.“ (§ 280). Dazu gehört auch die Untersuchung der „Wirkungen der Arbeitsförderung auf regionaler Ebene“ (§ 282,4).

Eine regional differenzierte Arbeitsmarktpolitik wurde 2002 im Job-AQTIV-Gesetz verankert. Darauf hat das IAB mit der Einrichtung eines Regionalen Forschungsnetzes reagiert, das von Nürnberg aus koordiniert wird. Die Fäden dieses dezentral organisierten Netzes verknüpfen die einzelnen Forschungseinheiten in den Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit. Das Regionale Forschungsnetz des IAB untersucht Strukturen und Entwicklungen regionaler Arbeitsmärkte sowie Fragen der regionalen Mobilität. Zudem werden Wirkungen regionaler Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik auf regionale Entwicklungen analysiert.

Weitere Informationen über die regionale Arbeitsmarktforschung des IAB (Aufbau, Leitbild und Forschungsperspektiven) sind hier zu finden:
http://doku.iab.de/grauepap/2007/dachpapier_regionalforschung_2007.pdf

Die Regionaleinheit „IAB-Berlin-Brandenburg“ untersucht regelmäßig das Pendelverhalten der Beschäftigten in der Region. Sie hat jetzt den Pendlerbericht für das Jahr 2015 veröffentlicht. Wie in den Vorjahren konnte auch im Jahr 2015 in Berlin und Brandenburg ein Anstieg der länderübergreifenden Arbeitskräftemobilität beobachtet werden. Der Pendlerbericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Pendlerzahlen und eine detaillierte Analyse regionaler Besonderheiten in den jeweiligen Bundesländern. Der Bericht fasst die Ergebnisse folgendermaßen zusammen:

"Die räumliche Mobilität der Arbeitskräfte in Berlin und Brandenburg hat, wie bereits in den Vorjahren, auch 2015 weiter zugenommen. In die Bundeshauptstadt pendelten ca. 277.500 Personen aus verschiedenen Bundesländern zur Arbeit ein, ca. 10.500 (+3,9 %) Beschäftigte mehr als noch 2014. Ebenfalls gestiegen ist die Zahl der Berliner Auspendler: gut 166.400 Beschäftigte mit Berliner Wohnort, und damit ca. 8.900 (+5,7 %) mehr als im Jahr zuvor, gingen ihrer Beschäftigung außerhalb Berlins nach. Insgesamt wies die Bundeshauptstadt damit einen Einpendlerüberschuss von gut 111.100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf, was einer Zunahme von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Auch die Mobilität der Arbeitskräfte in Brandenburg ist gewachsen. Brandenburg war nicht nur das Bundesland mit der höchsten Auspendlerquote (28,9 %), sondern hatte auch die höchste Einpendlerquote (16,6 %) unter den Flächenländern. Im Jahr 2015 arbeiteten ca. 272.800 Brandenburger in einem anderen Bundesland. Aus anderen Bundesländern pendelten etwa 133.500 Beschäftigte zum Arbeiten nach Brandenburg ein. Damit hat sich der Auspendlerüberschuss gegenüber dem Vorjahr leicht verringert.

Die Pendlerbeziehungen zwischen den beiden Bundesländern Berlin und Brandenburg sind ebenfalls intensiver geworden. Knapp 199.300 Brandenburger pendelten 2015 nach Berlin, ca. 5.300 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dies waren 21,1 Prozent aller Beschäftigten mit Brandenburger Wohnort. In die Gegenrichtung pendelten 6,8 Prozent aller Beschäftigten mit Berliner Wohnort (ca. 81.900) und damit fast 3.600 Beschäftigte mehr als 2014.

Als Gründe für die steigende Arbeitskräftemobilität werden Suburbanisierungsprozesse, Lohndifferenzen sowie Unterschiede in Umfang und Dichte des Arbeitsplatzangebots diskutiert. Im Zuge des günstigen Beschäftigungswachstums kam es zugleich auch zu einer Steigerung der Zahl der mobilen Beschäftigten. Gleichzeitig erzwingen die immer weiter zunehmende Spezialisierung der Arbeitswelt und die Anforderungen der Wissensgesellschaft eine Zunahme der Mobilitätsbereitschaft von Beschäftigten. Der vorliegende Be-

richt zeichnet die Entwicklung der Pendlerzahlen für Berlin und Brandenburg für den Zeitraum 1999 bis 2015 nach, wie auch deren Pendlerverflechtungen nach Ziel- und Herkunftsregionen. In dieser Analyse werden darüber hinaus die Wirtschaftsbranchen der mobilen Beschäftigten untersucht, die intensive Pendlerverflechtungen verzeichnen."

Den vollständigen Bericht können Sie unter dieser Adresse herunterladen:

<http://www.iab.de/238/section.aspx/Publikation/k170306301>

Das aktuelle Thema: Digitalisierung der Arbeit – Abschätzung der Automatisierungspotenziale von Berufen in Berlin und Brandenburg

Das Thema Digitalisierung von Arbeitswelt und Gesellschaft wird momentan auf vielen Ebenen diskutiert. Begriffe wie Industrie 4.0, Big Data, Smart Factory und Smart Services, maschinelles Lernen oder das Internet der Dinge deuten auf teilweise fundamentale Änderungen in Produktion und Geschäftsprozessen hin. Die Auswirkungen der Digitalisierung umfassen verschiedene Bereiche des Arbeitsmarktes und sind in ihrer Tragweite zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer abschätzbar. So ermöglicht die Digitalisierung neue Formen der Arbeitsteilung sowohl räumlich als auch in der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Arbeitskräften. Digitale Plattformen können zudem etablierte Geschäftsmodells vollständig verändern und somit disruptiv, zerstörend für traditionelle Anbieter wirken. Für den Arbeitsmarkt ist einerseits die potenzielle Ersetzbarkeit von menschlichen Tätigkeiten besonders relevant, andererseits entstehen durch die Technologie auch neue Arbeitsplätze.

Die Regionaleinheit „IAB-Berlin-Brandenburg“ hat in ihrer Studie Digitalisierung der Arbeit die Grundzüge der Digitalisierung dargestellt, die mit den Begriffen „Industrie 4.0“, „cyber-physische Systeme“ und „Internet der Dinge“ beschrieben werden. Und sie hat versucht, die Automatisierungspotenziale von Berufen in Berlin und Brandenburg abzuschätzen. Die Studie fasst die Ergebnisse folgendermaßen zusammen:

"In dieser Studie werden die potentiellen Auswirkungen der Automatisierung auf die Berufe in Berlin und Brandenburg untersucht und vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung diskutiert. Grundlage hierfür sind die Anteile der Tätigkeiten, die innerhalb eines Berufs bereits heute durch den Einsatz von Computern oder computergesteuerten Maschinen ersetzt werden könnten. Zentrales Ergebnis ist, dass gut acht Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin und rund 12 Prozent der Arbeitnehmer in Brandenburg in Berufen mit einem sehr hohen technischen Ersetzbarkeitspotenzial arbeiten. Damit sind die potenziellen Auswirkungen der Automatisierung in den beiden untersuchten Bundesländern deutlich niedriger als in Deutschland insgesamt (ca. 15 Prozent). Dies liegt in Berlin an der spezifischen Wirtschaftsstruktur als Dienstleistungsmetropole, die durch wenig maschinell ersetzbare Dienstleistungsberufe geprägt ist und in der stark automatisierungsgefährdete Produktionsberufe eine eher untergeordnete Rolle spielen. Im Land Brandenburg ist die Industrie zwar bedeutsamer als in Berlin, die Beschäftigung ist aber durch weniger stark automatisierbare Produktionsberufe charakterisiert. Das Ersetzbarkeitspotenzial von Beschäftigten durch die digitale Technik lässt ein dreiteiliges regionales Muster erkennen. In den peripheren Kreisen im Norden und vor allem im Süden übertreffen die Anteile potenziell hoch gefährdeter Berufe den Landesdurchschnitt. In den kreisfreien Städten und in der Hälfte der Umlandkreise Berlins ist das Ersetzbarkeitspotenzial der Beschäftigten überwiegend gering. Hohe Potenziale konzentrieren sich auf die Regionen Brandenburgs mit einem überdurchschnittlichen industriellen Sektor. Zwischen den Städten und Landkreisen des Landes variiert die Spanne der Beschäftigungsverhältnisse, die ein hohes technisches Ersetzbarkeitspotenzial aufweisen, zwischen 5,6 Prozent in Potsdam/Stadt, dem niedrigsten Wert in Deutschland, und 17,5 Prozent im Landkreis Spree-Neiße.

Die Automatisierungspotenziale der Beschäftigten unterscheiden sich zudem nach dem betrieblichen Anforderungsniveau der Berufe. Helfer und Fachkräfte unterliegen bundesweit erheblich höheren Potenzialen als hochqualifizierte Berufe von Spezialisten und Experten. Bei den Helfertätigkeiten ist in Berlin jedoch das technische Ersetzbarkeitspotenzial niedriger als im bundesweiten Durchschnitt, und es liegt sogar unter demjenigen der Fachkräfte und Spezialisten. Grund ist, dass die Helfer in der Hauptstadt selten im Produktionsbereich und häufiger im Dienstleistungsbereich tätig sind. In Brandenburg sind die Unterschiede zwischen den Anforderungsniveaus der Tätigkeiten am geringsten, d. h.

ob Helfer, Fachkraft oder Spezialist - das Potenzial der jeweiligen Beschäftigten, durch digitale Technik ersetzt zu werden, unterscheidet sich nicht nennenswert. Experten dagegen sind bundesweit und in den betrachteten Bundesländern kaum gefährdet. Um den Herausforderungen der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt zu begegnen, werden Lebenslanges Lernen sowie betriebsnahe Aus- und Weiterbildungsangebote eine wesentlich größere Rolle spielen als bisher. Es wird dafür plädiert, gleiche Zugangschancen der Erwerbspersonen zur Weiterbildung zu schaffen und informelles und nicht formales Lernen durch transparente Zertifizierungen aufzuwerten. Wenn es gelingt, einen institutionellen Rahmen für eine Weiterbildungsstrategie zu schaffen, die die bisherige Segmentierung in diesem Bereich überwindet, könnten die Anpassungen für die Beschäftigten, die mit den potentiell tiefgreifenden Umbrüchen verbunden sind, erleichtert werden."

Die vollständige Studie können Sie unter dieser Adresse herunterladen:

<http://www.iab.de/238/section.aspx/Publikation/k170323301>